

Geschichte



Permanent Under-Secretary of State, Sir Orme Sargent – Vertreter der Italien-Lobby im Foreign Office, Frederick Hoyer-Millar – Hubert Gladwyn Jebb, der Leiter der britischen Delegation – Andrei Januarjewitsch Wyschinski, sowjetischen Vertreters im Rat der Außenminister-Stellvertreter (von links).

1946: JAHR DER ENTSCHEIDUNGEN FÜR SÜDTIROL – STATT RÜCKKEHR NACH ÖSTERREICH AUTONOMIE – TEIL II

Der britische Außenminister sagt „Nein“

4. MÄRZ 1946: Das Memorandum – Rückgabe Südtirols an Österreich oder nicht – „Es wäre besser, den Italienern eine Kolonie zurückzugeben“



von Rolf Steininger*

London für Rückkehr nach Österreich

Am 25. Jänner 1946 fand im Foreign Office in London unter Vorsitz des höchsten Beamten, Permanent Under-Secretary of State, Sir Orme Sargent, eine gemeinsame Sitzung von Vertretern aller interessierten Abteilungen statt, in der es um die Zukunft Südtirols ging. Das eindeutige Ergebnis war ein Memorandum, das Sargent am 8. Februar an Außenminister Ernest Bevin weiterleitete: Ein Festhalten an der Entscheidung der Außenminister vom September 1945 bringe für Österreich wenig oder gar nichts und werde in Italien lediglich zu Irritationen führen; die wirkliche Wahl liege daher zwischen dem status quo des Jahres 1939 und der Rückgabe ganz Südtirols an Österreich.

Dieser zweite Weg wurde jetzt befürwortet: Er werde Österreich stärken und Italien nicht wirklich schwächen, vorausgesetzt, Italiens Wirtschaftsinteressen in Südtirol würden entsprechend abgesichert. Anstatt Gebiete bei Italien zu belassen, auf die Italiener keinen Anspruch haben und die von Angehörigen der deutschen Rasse bewohnt würden, werde Italien sehr viel mehr geholfen, wenn man ihm großzügig Möglichkeiten für die Aufnahme italienischer Immigranten in Übersee anbiete, wo diese Italiener exzellente Kolonisten abgeben, z. B. in Queensland (Australien), Argentinien, Brasilien.

Die Italiener, so Sargent in seinem Begleitschreiben an Bevin, benötigten daher an erster Stelle eine Garantie, mit der sie ihren Bevölkerungsüberschuss exportieren könnten; immerhin habe ja die Entscheidung der USA nach 1918, die Einwanderung zu begrenzen, in Italien zu Unzufriedenheit und Problemen geführt, die mit zum Aufstieg des Faschismus beigetragen hätten.

Die Abtrennung Südtirols nach dem Ersten Weltkrieg sei reine Machtpolitik gewesen und als Skandal betrachtet worden. Sargent deziert:

„Wenn wir diese Ungerechtigkeit jetzt bestehen lassen, dann bin ich sicher, dass wir damit ein zukünftiges europäisches Problem schaffen werden.“ Und weiter: „Mit dem Friedensvertrag wird Italien Gebiete verlieren und damit ohne Zweifel in seinem Stolz und Prestige verletzt werden. Wenn wir das abmildern wollen, dann wäre es bei weitem besser, wir würden den Italienern eine Kolonie zurückgeben als ihnen diese deutschstämmige Bevölkerung zu überlassen.“

Bevin reagierte zurückhaltend. Er müsse sich die Sache noch einmal überlegen, notierte er am Rand des Begleitschreibens.

„Im Fall Bozen hat Italien die schlechtesten Karten.“

Es schien so, als ob die Diskussion jetzt erst richtig losgehen würde. Den Anfang machte der

Vertreter der Italien-Lobby im Foreign Office, Hoyer-Millar, der folgende Argumente vorbrachte:

► 1. Es gebe eine große italienische Minderheit in Südtirol, die bei einer Rückgliederung zum gleichen Problem für Österreich würde, wie es jetzt die Deutschen für Italien seien.

► 2. Sowohl De Gasperi als auch Sozialistenführer Nenni hätten für den Fall des Verlustes Südtirols damit gedroht, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen; er glaube nicht, dass das lediglich eine leere Drohung gewesen sei.

► 3. Österreichs Angebot an Italien zur Verwaltung der Kraftwerke sei lediglich in der Theorie gut; in der Praxis würden die Italiener dies so sehen, als ob sie gerade jenem Land einen Hebel zur Verfügung stellen würden, das durch dieses Gebiet allein oder gemeinsam mit Deutschland in der Vergangenheit ständig nach Italien eingefallen sei.

► 4. „Was die Zukunft des Alto Adige betrifft, so ist sich das ganze Land einig, von der extremen Rechten bis zur extrem Linken.“

Der Kommentar von Unterstaatssekretär Oliver Harvey war knapp, aber bezeichnend: „Trotzdem. Im Fall Bozen hat Italien die schlechtesten Karten.“

Gladwyn Jebb, der Leiter der britischen Delegation, die in London die Außenministerkonferenz in Paris vorbereitete, verwies darauf, dass bei Abwägung der britischen Interessen – und darauf komme es ja in erster Linie an – alles für den Verbleib Südtirols, zumindest es größten Teils, bei Italien spreche, denn:

► 1. „Wollen wir sichergehen, dass sich Italien nach Westen und nicht nach Osten orientiert; aber...“

► 2. „...können wir dafür keine Garantie übernehmen, wenn der Friedensvertrag mit Italien zu hart ausfällt, und...“

► 3. „...wenn jemand harte Friedensbedingungen stellt, dann sollten das lieber die Russen tun und nicht wir.“

Eine Abtrennung Südtirols werde Italien wirtschaftlich schwer treffen, und es gebe im Übrigen keine Garantien dafür, dass die Zusagen Österreichs auch für die Zukunft Gültigkeit hätten. Komme es zu einer Abtrennung, „dann spielen wir den italienischen Kommunisten eine äußerst wichtige Karte in die Hand, vor allen Dingen, wenn bekannt würde, dass die Sowjetuni-



Der britische Außenminister Ernest Bevin: Am 4. März 1946 lehnt er die Rückgabe Südtirols an Österreich ab. National Portrait Gallery, London

on dagegen gewesen ist.“ Was, so fragte Jebb weiter, werde man dafür gewinnen? Wahrscheinlich eine etwas freundlicher gesonnene österreichische Regierung, aber „solange diese Regierung von Moskau kontrolliert wird oder unter seinem Einfluss steht, zählt das wenig, wenn wir davon ausgehen, dass unsere Beziehungen zu Russland schlecht sind; und wenn sie wirklich gut sind, ist die Haltung der österreichischen Regierung ziemlich egal. In jedem Fall haben wir sehr viel mehr Chancen, in Italien eine nach Westen ausgerichtete Demokratie zu bekommen als in Österreich.“

Natürlich, so Jebb weiter, wäre es aus britischer Sicht kein Unglück, Südtirol an Österreich zurückzugeben; einiges spreche dafür, vor allen Dingen, wenn man daran denke, dass man eines Tages in der Auseinanderset-

zung mit der Sowjetunion „die Deutschen“ brauche. Aber selbst für diesen Fall war Jebb nicht davon überzeugt, dass irgendein zukünftiger „Pro British-Führer“ sich mehr Sorgen um das Schicksal der Südtiroler machen werde, als dies Adolf Hitler getan habe. Seiner Meinung nach sollte man daher an der Entscheidung der Außenminister vom September 1945 festhalten.

Außenminister Bevin sagt nein

Am 4. März beendete Außenminister Ernest Bevin die interne Diskussion um Südtirol und entschied für Italien und gegen Österreich. Unterm Strich, so betonte er, hätte Österreich zwar die besseren Argumente, würde man dem Land aber mit Südtirol die Kraftwerke übertragen, „könnte man damit tatsächlich den Russen einen bedeutenden Hebel in die Hände spielen, mit dem sie Italien unliebsam unter Druck setzen können“, man würde auf diese Weise die Ambition der Sowjets in Mitteleuropa unterstützen und gegen die eigenen Interessen in Italien handeln. Der Verlust Südtirols könne die italienische Regierung destabilisieren und „den Weg für die Kommunisten freimachen“. Obwohl Großbritannien alles tue, um die österreichische Regierung zu unterstützen, sei man nicht sicher, ob das langfristig erfolgreich sein werde. Die große Sorge sei, dass „Österreich sich durch die Macht der Umstände langfristig nach Osten statt nach Westen ausrichten wird“.

Das Mittelmeer war jenes Gebiet, wo die Briten ihren Einfluss

auf Südeuropa ausüben wollten. Ohne britische Präsenz dort, so Bevin vor dem Ministerausschuss für Verteidigung, werde man „wenig ausrichten können bei jenen Staaten – Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Türkei –, die dann wie Osteuropa unter das totalitäre Joch fallen werden. Falls wir aus dem Mittelmeerraum herausgehen, wird Russland nachstoßen, und das wird für die Mittelmeerländer aus der Sicht von Handel, Wirtschaft und Demokratie das Ende sein.“

Unter diesen Umständen sollte Italien auf gar keinen Fall durch die Wegnahme Südtirols geschwächt werden. Mit Bevins Entscheidung war das Schicksal Südtirols tatsächlich besiegelt. Die USA würden keine Initiative ergreifen; sie seien „not very excited“ in dieser Frage, wie Außenminister Byrnes feststellte. Rücksichtnahme auf die Millionen Italiener im Land war dabei ein wichtiges Argument. Von Paris war auch nichts zu erwarten: Frankreich war viel zu schwach und hatte andere Probleme, in erster Linie im Zusammenhang mit seinen deutschlandpolitischen Forderungen: Abtrennung des Ruhrgebiets und des Rheinlandes.

Für den Kreml waren die Aussichten in Italien mit der dortigen starken kommunistischen Partei günstiger als in Österreich. Dem entsprach die Äußerung des sowjetischen Vertreters im Rat der Außenminister-Stellvertreter, Wyschinsky, gegenüber dem italienischen Botschafter in London: „Italien schuldet Österreich gar nichts.“ Bevins Entscheidung war

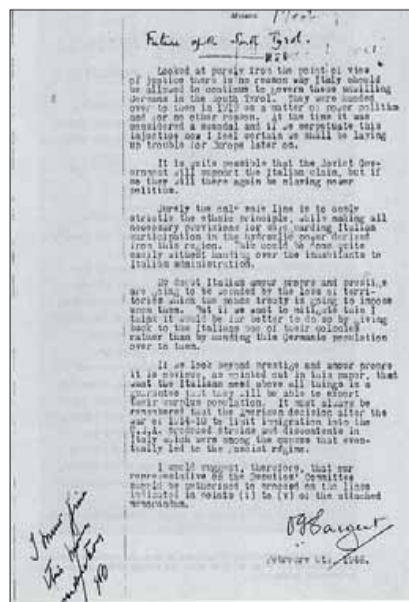
letztlich nur auf dem Hintergrund einer grundsätzlichen Wende der britischen Russlandpolitik zu verstehen, die sich Anfang 1946 vollzog und vollständig von der „russischen Gefahr“ (the Russian danger) bestimmt wurde. In sämtlichen Analysen der sowjetischen Politik kam London zu dem Schluss, dass diese sich jetzt nicht nur wie noch im Sommer 1945 lediglich im Mittelmeerraum, sondern global gegen britische Interessen richtete. Der britische Gesandte in Moskau, Frank Roberts, brachte dies auf die Formel: „Wir werden überall zur gleichen Zeit attackiert.“ In London brach in diesem Frühjahr 1946 der Kalte Krieg aus. Zu den Opfern gehörten Südtirol und Österreich.

Mit Blick auf Österreich gab es Widerspruch im Foreign Office. Auch wenn alles entschieden sei, müsse doch folgendes festgehalten werden: In Österreich gebe es eine demokratische Regierung, und das werde wohl auch in Zukunft so bleiben: „Die Gefahr, dass die Kommunisten die Kontrolle übernehmen, besteht nicht. Der Faschismus bleibt eine größere Gefahr.“ Es half nichts. Immerhin beschäftigte man sich im Rahmen der Vorbereitungen auf die Außenministerkonferenz in Paris noch einmal ausführlich mit der Südtirolfrage. In einem Strategiepapier vom 19. April wurde zwar erneut betont, dass die Rückgabe ganz Südtirols an Österreich „die gerechte Lösung“ sei, aber dem standen nach wie vor die alten Argumente entgegen, nämlich: „Der Verlust ganz Südtirols kann zum Sturz der Regierung in Rom führen und den Kommunisten den Weg zur Macht öffnen.“ Und weiter: „Wenn wir uns für die Rückgabe der ganzen Provinz einsetzen, wird damit den anglo-italienischen Beziehungen ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt“, zumal eben immer noch nicht ausgeschlossen wurde, dass Österreich trotz westlicher Unterstützung doch noch ins östliche Lager abdriften könnte.

Am 1. Mai lehnten die Außenminister ohne Diskussion die Rückgabe Südtirols mit der Begründung ab, das sei keine „kleinere Grenzberichtigung“ im Sinne der Außenministerentscheidung vom 14. September 1945.

ACHTUNG: Bis zum 5. September erscheinen insgesamt 8 Sonderseiten zum Thema „Pariser Vertrag: 5.8.1946“. In der nächsten Folge: „Südtirol muss zu Österreich zurückkehren.“

* Zur Person: O. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger war von 1984 bis zu seiner Emeritierung 2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck www.rolfsteininger.at **Buchtipp:** Rolf Steininger, Autonomie oder Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Studienverlag Innsbruck 2006, 405 Seiten. **Bestellen:** www.athesia-buch.it



The National Archives, London